

Wirtschaftspolitische Informationen 1/2010

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Juni 2010
www.wipo.verdi.de



Reiche verschonen – Wachstum und Sozialstaat ruinieren

Zum Sparpaket der Regierung

Das nennt ihr gerecht?	2
Staatsfinanzen in Not	3
Maßnahmen im Einzelnen	4
Schrumpfstrategie schädigt Deutschland und Europa	8
Gerecht geht anders: Staatliche Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen	9
Tabellarische Übersicht der Maßnahmen	10

Das nennt ihr gerecht?

Das lange angekündigte Konzept der Bundesregierung zur Konsolidierung der Staatsfinanzen liegt nun auf dem Tisch. Die Befürchtungen der Gewerkschaften haben sich bewahrheitet: Die Sanierung der Staatsfinanzen wird vor allem über Ausgabenkürzungen betrieben, obwohl Deutschland seit langem ein massives Einnahmeproblem hat. Und die Streichliste hat eine deutliche soziale Schlagseite.

Die mit Abstand größten Einsparungen sind im Sozialbereich vorgesehen. Hier summieren sich die Kürzungen bis 2014 auf über 30 Milliarden Euro. Sie machen deutlich mehr als ein Drittel aller Einsparungen aus. Besonders zu kritisieren ist, dass sich diese Einsparungen bis 2014 mehr als verdreifachen: Sie steigen von drei Milliarden Euro im Jahr 2011 auf knapp elf Milliarden Euro im Jahr 2014.

Die Regierung setzt die Axt am Sozialstaat an:
Mehr als ein Drittel der Kürzungen betreffen Sozialleistungen.

Die Bundesregierung behauptet, sie hätte darauf geachtet, dass die Maßnahmen „ausgewogen“ seien und Unternehmen, Verwaltung und Sozialbereich im gleichen Umfang belastet würden. Dies ist schlicht falsch. Kürzungen von 30 Milliarden Euro im Sozialbereich stehen einem Beitrag von nicht einmal 20 Milliarden Euro seitens der Unternehmen gegenüber. Auch die Einsparungen im Verwaltungsbereich durch den weiteren Abbau von bis zu 15.000 Stellen sind alles andere als „ausgewogen“. Deutschland hat bereits heute einen der schlankesten Staaten in Europa. Mit einem weiteren Personalabbau droht die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung unter die Räder zu kommen.

Der eigentliche soziale Skandal aber ist das, was genau nicht beschlossen wurde: Trotz der enormen finanziellen Belastung der öffentlichen Haushalte als Folge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise werden Vermögende, reiche Erben und Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen völlig verschont. Im krassen Unterschied zu Erwerbslosen und sozial Schwachen werden sie in keiner Weise zur Konsolidierung der Staatsfinanzen herangezogen.

Großverdiener, Vermögende und reiche Erben tragen keinen Cent zum Sparpaket bei.

Die massiven Einsparungen drohen die Binnennachfrage und damit das Wachstum zu schwächen. Insbesondere durch die Kürzungen im Sozialbereich, wo jeder Euro direkt in die Nachfrage fließt. Auch für die Entwicklung der europäischen Wirtschaft

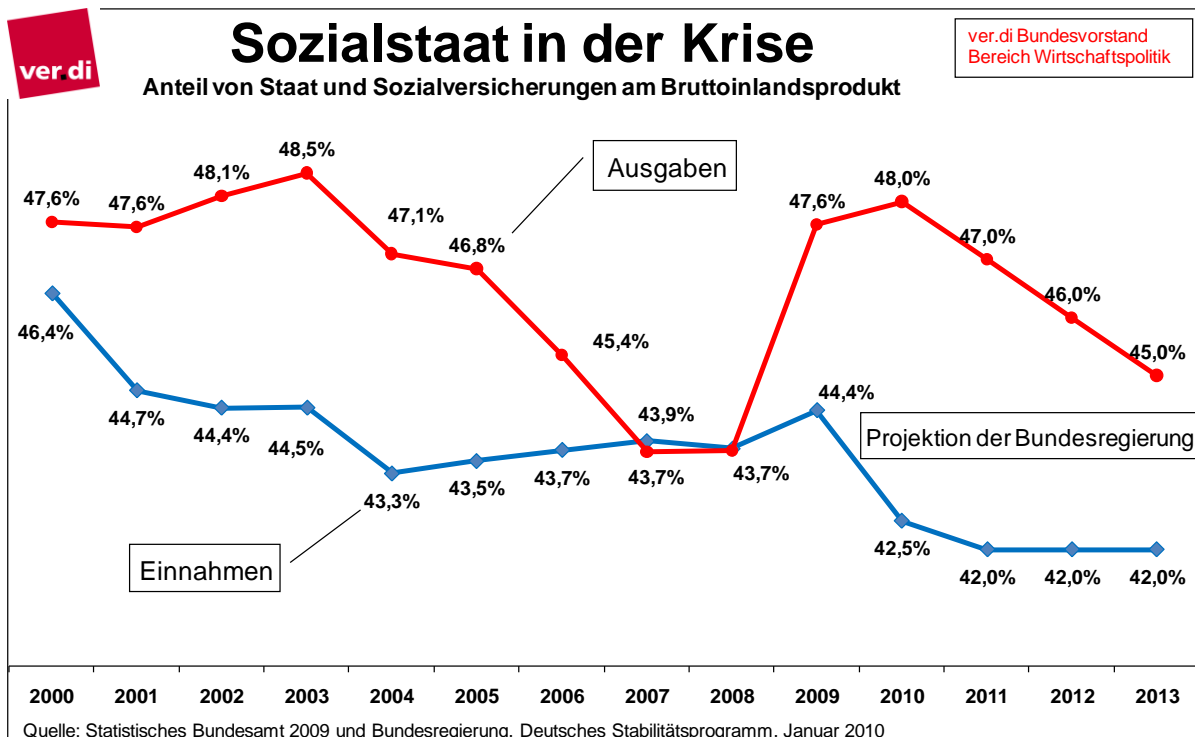
stellt das Sparprogramm eine massive Belastung dar: Wenn die größte Volkswirtschaft nun gemeinsam mit vielen anderen europäischen Ländern drastisch die Ausgaben senkt, verstärkt sich die Gefahr eine dauerhaften Rezession in Europa.

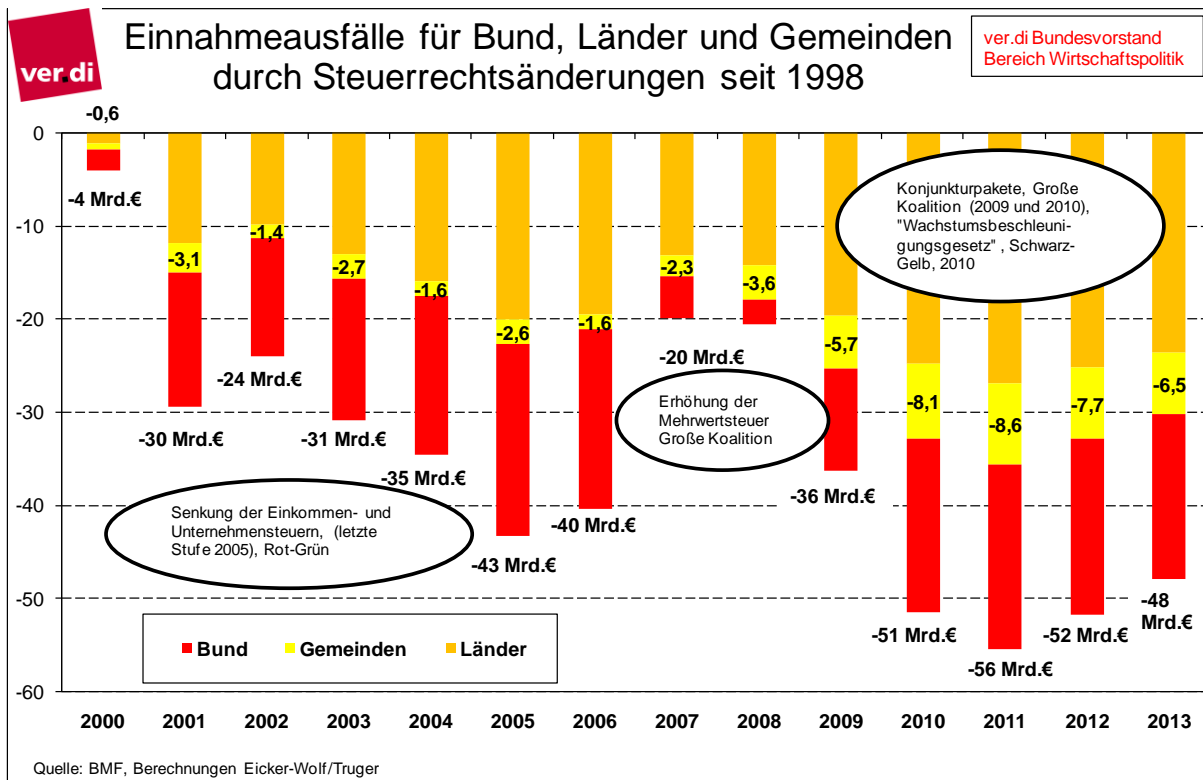
Staatsfinanzen in Not

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist katastrophal. In der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden zur Rettung von Banken Milliarden bereit gestellt und später weitere Milliarden für Konjunkturprogramme aufgebracht. Dazu kamen die durch die Krise verursachten Steuerausfälle. In der Folge stieg das Defizit von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen 2009 auf 80 Milliarden Euro. Für 2010 rechnet die Bundesregierung in ihrem Stabilitätsbericht mit einem Defizit von über 130 Milliarden Euro – historische Höchststände.

Kernproblem der öffentlichen Haushalte sind die Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen zugunsten von Reichen und Unternehmen.

Die Finanzmisere hat jedoch Ursachen, die weiter zurück reichen: Die wiederholten Steuersenkungsrunden haben dem Staat allein in den letzten zehn Jahren Steuerausfälle von zusammen rund 300 Milliarden Euro beschert. Profitiert haben vor allem Unternehmen, Vermögende, Spitzenverdiener und reiche Erben. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sanken die Einnahmen des Staates und der Sozialversicherun-





gen in den letzten zehn Jahren von über 46 Prozent auf heute unter 43 Prozent. Das bedeutet rund 80 Milliarden Euro Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen weniger pro Jahr. Bis 2011 ist eine weitere Senkung auf nur noch 42 Prozent vorgesehen.

Durch die 2009 ins Grundgesetz geschriebene Schuldenbremse haben sich die Politiker selbst Fesseln angelegt und den Weg zu einem längerfristigen und damit verträglicheren Abbau der Verschuldung verbaut. Die Schuldenbremse zwingt den Staat zu einem schnellen Abbau der Neuverschuldung des Bundes bis 2016 und der Länder bis 2020.

Maßnahmen im Einzelnen

Massive Kürzungen im Sozialbereich

Die größten Kürzungen sind bei den Sozialleistungen vorgesehen. ver.di lehnt diese massiven Einschnitte kategorisch ab.

Die Bundesregierung wiederholt wie ihre Vorgängerregierungen immer wieder gebetsmühlenartig die Behauptung, dass Einschnitte zu Lasten von Arbeitslosen die Beschäftigungsanreize verbessern. Dies ist pure Ideologie. Wenn kein entsprechendes Angebot an Arbeitsplätzen vorhanden ist, kann auch der schärfste Druck nicht zu einem Anstieg der Beschäftigung führen.

Angekündigt ist die Umwandlung von Pflichtleistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Ermessensleistungen. Auf diese Weise sollen bis 2014 vom Bund und der Bundesagentur für Arbeit 16 Milliarden Euro eingespart werden. Weiterbildung, Qualifizierung, Umschulung oder finanzielle Eingliederungshilfen für Arbeitslose wird es immer weniger geben. Dies wird zu einer Verschlechterung der Vermittlungschancen in den Ersten Arbeitsmarkt führen.

Beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zu Hartz IV will die Bundesregierung zudem die Zuschläge von 160 Euro im ersten und 80 Euro im zweiten Jahr streichen. Dies wird den Druck weiter erhöhen, Arbeit zu Niedrigstlöhnen anzunehmen.

Wer arbeitslos ist oder wird, fällt schneller auf Hartz IV-Niveau, bekommt kein Elterngeld mehr und verliert weitere Rentenansprüche.

Die für die Jahre 2013 und 2014 geplanten Einsparungen von 4,5 Milliarden Euro durch „Effizienzverbesserung bei der Arbeitsvermittlung im SGB II“ gehen von einer „optimierten Vermittlung“ und von einer Entlastung des Arbeitsmarktes durch die demographische Entwicklung aus. Inwieweit es tatsächlich zu merklichen Effekten innerhalb der nächsten drei Jahre kommt, ist höchst fraglich. Sollten diese ausbleiben, können die Einsparungen nur durch weiteren Personalabbau bzw. eine weitere Kürzung von Arbeitsmarktprogrammen für Langzeitarbeitslose erreicht werden.

Besonders unsozial sind die angekündigten weiteren Einschnitte beim ALG II: Die Abschaffung des Elterngeldes für Hartz IV-Empfänger spricht jeder Gleichbehandlung von Kindern und Eltern Hohn. Eltern mit Kleinkindern haben insbesondere in den ersten Lebensmonaten einen deutlich höheren Mehrbedarf. Das Elterngeld leistet zumindest im ersten Jahr einen Beitrag dazu, diesen Mehrbedarf zu decken. Die Streichung des Elterngeldes für ALG II-Erziehende zeigt, dass dieser Koalition die Kinder von Langzeitarbeitslosen deutlich weniger wert sind als Kinder anderer Bevölkerungsschichten.

Bereits heute ist die rentenrechtliche Absicherung von Arbeitslosen höchst mangelhaft. Die nun geplante Abschaffung des Zuschusses an die Rentenversicherung von ALG II-Empfängern bedeutet für den Bund bis 2014 zwar Einsparungen in Höhe von gut sieben Milliarden Euro, belastet aber die Rentenversicherung in gleicher Höhe. Insofern haben wir es hier mit einem bloßen Verschiebepbahnhof zu Lasten der Versichertengemeinschaft zu tun. Für die Betroffenen bedeutet die Abschaffung, dass sie den bisher aus der monatlichen Zahlung von 20 Euro abgeleiteten Rentenwert von etwa zwei Euro verlieren. Nach längerer ALG II-Bezugsdauer haben sie noch

weniger Ansprüche auf eine Rente, die zum Leben reicht. Sie werden damit zunehmend auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Dies wird zu höheren Ausgaben der Kommunen führen, die diese Leistung finanzieren müssen.

Die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger wird mit sinkenden Energiepreisen begründet. Der Aufwand von Wohngeldberechtigten für Heizkosten ist aber durch die lange Heizperiode und durch wieder steigende Heizkosten (z.B. für Gas) nach wie vor hoch. Ohnehin ist mittelfristig mit einem weiteren Anstieg der Energiekosten zu rechnen.

Weitere Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung

Anfang der 1990er Jahre wurde noch über neun Prozent des Bruttoinlandsprodukts für öffentliche Beschäftigung ausgegeben. Heute sind es nur noch rund sieben Prozent. Der EU-Durchschnitt liegt mit 10,5 Prozent deutlich höher.

Um europäisches Niveau zu erreichen müsste Deutschland jährlich über 80 Milliarden Euro mehr für den öffentlichen Dienst ausgeben.

Vor diesem Hintergrund ist der geplante Stellenabbau durch nichts zu rechtfertigen. Deutschland hat bereits seit langem einen extrem schlanken Staat. Die im Personalbereich durch den weiteren Abbau von bis zu 15.000 Stellen zu erreichenden Einsparungen von gut drei Milliarden Euro sollen der Gegenfinanzierung der tariflichen bzw. im Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung vereinbarten Gehaltssteigerung dienen. Da in der Regel die Aufgaben nicht wegfallen, wird der Arbeitsdruck bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst weiter steigen. Zusätzlich dürften vermehrt kostenträchtige Public-Private-Partnership-Projekte (PPP) nötig werden oder Honorare an externe Experten z.B. Rechtsanwaltskanzleien zur Formulierung von Gesetzentwürfen anfallen.

Mit dem Verzicht auf die vorgesehen Erhöhung des Weihnachtsgeldes von 30 auf 60 Prozent der Bruttomonatsbezüge (von 2,5 auf fünf Prozent der Gesamtbezüge) wird ein Versprechen der Bundesregierung an die Beamtinnen und Beamte gebrochen.

Finanzmarktbranche weitgehend verschont

Angesichts der durch die Vorgänge auf den Finanzmärkten verursachten Krise ist die beabsichtigte Bankenabgabe bis 2014 im Umfang von gerade einmal sechs Milliarden Euro ein Skandal. Von einer auch nur annähernd angemessenen Beteiligung des Bankensektors an den immensen Kosten der Krise kann angesichts dieser

Summe nicht gesprochen werden. Die Mittel sind offensichtlich nicht einmal als Beteiligung an den bislang entstandenen Kosten der Krise gedacht, sondern sollen lediglich in einen „Restrukturierungsfonds“ fließen, der für künftige Krisen zur Verfügung stehen soll. Eine Entlastung der öffentlichen Finanzen ist hiermit nicht verbunden.

Von konkreten Maßnahmen bezüglich der Einführung einer Finanztransaktionsteuer oder einer Börsenumsatzsteuer, die zu laufenden steuerlichen Einnahmen führen würden, ist nicht die Rede. Lediglich „weitere Maßnahmen“ neben der Bankenabgabe werden angesprochen, die aber von internationalen oder europäischen Lösungen abhängig gemacht werden. Dies sieht nach einer Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag aus.

Eingriffe in die Rechte der Beschäftigten drohen weiterhin

Die Ankündigung alle Subventionen zu überprüfen, keine neuen Subventionen einzuführen und bereits vorhandene nicht zu erhöhen, mag auf den ersten Blick harmlos klingen. Aber dahinter kann sich ein Angriff auf die Pendlerpauschale oder auch die teilweise Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen verbergen. Die Bundesregierung wird auf den harten Widerstand der Gewerkschaften treffen, wenn sie diese Regelungen antastet.

Sondersteuer für Atomwirtschaft ohne Bedingungen

Die Atomwirtschaft zu einer Sondersteuer in Höhe von gut neun Milliarden Euro bis 2014 heranzuziehen, ist zu begrüßen. Dass die Bundesregierung damit gleichzeitig das politische Ziel der Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke betont, ist jedoch ein Angriff auf den gesellschaftspolitischen Konsens zum Atomausstieg. Die Aufkündigung des Kompromisses zum Atomausstieg würde politisch zu großen Auseinandersetzungen führen und ist aus ökologischen, sozialen und gesellschaftspolitischen Gründen nicht hinnehmbar.

Vorrang für Bildung und Forschung nur auf dem Papier

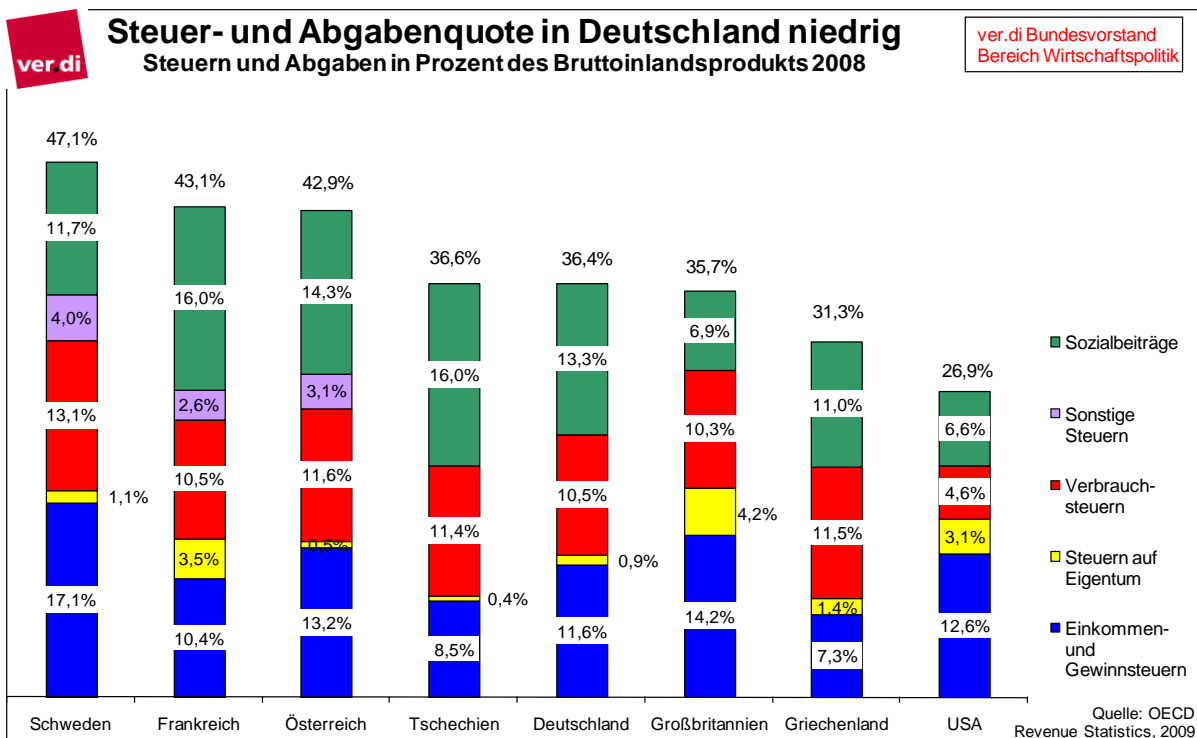
Die Beibehaltung der vorgesehenen Mittel für Bildung und Forschung sind das Mindeste, was nach allen Ankündigungen zu erwarten war. Ein Vorrang für Bildung und Forschung würde jedoch ganz anders aussehen. ver.di hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Mittel bei weitem nicht ausreichen, um den dringendsten Bedarf bei den Ausgaben für die Bildung abzudecken. Benötigt würden gesamtstaatlich gut 30 Milliarden Euro jährlich.

Schrumpfstrategie schädigt Deutschland und Europa

Das Sparpaket der Bundesregierung geht die Konsolidierung der Staatsfinanzen fast ausschließlich über Ausgaben senkungen an. Dabei hat Deutschland in erster Linie ein Einnahmeproblem. Durch wiederholte Steuerreformen liegen die Steuereinnahmen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gemessen an der Wirtschaftsleistung inzwischen weit unter dem Durchschnitt. Würde Deutschland auf europäisches Niveau aufschließen, hätte der Staat pro Jahr rund 80 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen. Das jetzt vorgelegte Sparpaket würde sich damit quasi von selbst erledigen.

Die enorme finanzielle Belastung des Staates ist die Folge der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1920er Jahren. Gerechtere wäre, endlich die Profiteure des Finanzmarktkapitalismus zur Finanzierung der Krisenkosten heranzuziehen. Doch die Chance, Vermögende, Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen und Unternehmen wieder stärker zur Kasse zu bitten, bleibt ungenutzt. Stattdessen werden die Opfer der Krise, der Umverteilung von unten nach oben und des Sozialabbaus der vergangenen Jahre und Jahrzehnte erneut geschröpft. Sie sollen für die Kosten einer Krise aufkommen, die sie nicht verursacht haben.

Indem jetzt auf breiter Front – beim Bund wie auch bei Ländern und Gemeinden – Kürzungen der öffentlichen Haushalte vorgenommen werden, fällt der Staat als ein wichtiger Akteur zur Stützung des Binnenmarktes aus. Die Nachfrage wird dadurch



deutlich geschwächt. Weniger Binnennachfrage bedeutet aber weniger Wachstum und damit einen Verzicht auf wachstumsbedingte Mehreinnahmen des Staates. Der Staat wird zur Wachstumsbremse.

Dabei müsste gerade Deutschland genau das Gegenteil tun, nämlich Binnennachfrage und Wachstum stärken. Das fordern mit Recht auch andere Länder wie die USA und Frankreich sowie internationale Organisationen. Deutschland steht mit Blick auf die Verschuldung vergleichsweise gut da und weist riesige, sogar wieder steigende Außenhandelsüberschüsse auf. Wenn Deutschland seine Ausgaben nicht mehr erhöht und darauf wartet, dass andere Länder vorangehen, droht Europa in eine dauerhafte Rezession zu fallen. Deshalb ist die Schrumpfstrategie die grundsätzlich falsche Strategie – für Deutschland wie für Europa.

Gerecht geht anders: Staatliche Einnahmen erhöhen statt Ausgaben kürzen

Notwendig ist eine Politik, die die inländische Nachfrage steigert und so der Wirtschaft in Deutschland und in Europa neuen Anschub gibt. Dazu müssen Löhne und Staatsausgaben steigen. Zur Finanzierung müssen Vermögende, reiche Erben und Bezieher hoher Einkommen herangezogen werden. Sie können höhere Steuern zahlen, ohne ihre Ausgaben einschränken zu müssen.

Die Einführung eines einheitlichen gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Kaufkraft. Er würde außerdem einen wichtigen Beitrag leisten, die öffentlichen Finanzen zu stärken: Höhere Löhne führen zu höheren Sozialbeiträgen und Steuerzahlungen und entlasten zugleich die Sozialhaushalte, da dann deutlich weniger Beschäftigte auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen wären.

Um den Sozialstaat ausreichend zu finanzieren, müssen Reiche und finanzstarke Unternehmen wieder deutlich mehr beitragen.

Seit langem weist ver.di darauf hin, dass der Staat zur Finanzierung notwendiger Ausgaben in Bildung, Arbeit und Umwelt und zur Sicherung eines leistungsfähigen Sozialstaats Mehreinnahmen benötigt. ver.di hat dazu ein „Konzept Steuergerechtigkeit“¹ vorgelegt, das eine sozial ausgewogene und das Wachstum nicht bremsende Alternative zu der Streichliste der Bundesregierung darstellt: Allein die Wiedererhe-

¹ Siehe Broschüre „Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern für mehr Zukunftsvorsorge“, Berlin 2009, www.wipo.verdi.de,

bung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von einem Prozent und einem Freibetrag von 500.000 Euro würde zu Mehreinnahmen von rund 20 Milliarden Euro führen. Zusammen mit Reformen bei der Erbschaftsteuer (+ sechs Milliarden Euro), der Unternehmensteuer (+ 20 Milliarden Euro), der Gemeindewirtschaftsteuer (+ drei Milliarden Euro) und ergänzt um eine Finanztransaktionsteuer (mindestens zehn Milliarden Euro) und Verbesserungen beim Steuervollzug könnten weit über 70 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen erzielt werden.

Tabellarische Übersicht der Maßnahmen

Maßnahme	Einsparvolumen 2011 – 2014
Kürzungen im Sozialbereich	30,3 Mrd. Euro
Kürzungen bei Arbeitslosen	29,5 Mrd. Euro
Abschaffung des Elterngeldes beim Alg II und andere Kürzungen	2,4 Mrd. Euro
Streichung des Heizkostenzuschusses	0,4 Mrd. Euro
Zuschuss zur Gesetzlichen Krankenversicherung	-2,0 Mrd. Euro
Beteiligung von Unternehmen	19,2 Mrd. Euro
Steuerlicher Ausgleich der Atomwirtschaft	9,2 Mrd. Euro
Abschöpfung Dividende der Bahn	2,0 Mrd. Euro
Bankenabgabe	6,0 Mrd. Euro
Wiedereinführung des „Fiskusprivilegs“ (stärkerer finanzieller Zugriff des Staates bei Insolvenzen)	2,0 Mrd. Euro
Einsparungen im Verwaltungsbereich	13,4 Mrd. Euro
Subventionsabbau und ökologische Neujustierung	9,5 Mrd. Euro
Streichung von Energiesteuervergünstigungen	5,5 Mrd. Euro
Ökologische Luftverkehrsabgabe oder CO ₂ -Emissionszertifikate	4,0 Mrd. Euro
Streitkräftereform	4,0 Mrd. Euro
Sonstige Maßnahmen	5,4 Mrd. Euro
Verschiebung Berliner Schloss,)	0,4 Mrd. Euro
Zinersparnisse durch geringere Kreditaufnahme	5,0 Mrd. Euro
Summe	81,6 Mrd. Euro